

Bezugspreis:  
Vom Verlag durch die  
Gesellschaft für Inland  
Dresden 2,50 M. (inkl.  
Gebühren), durch die Post  
im Deutschen Reich 3 M.  
(postfrisch).  
Postamt Nummer 10 M.

Wird Auslieferung der für  
die Schriftleitung bestimmten,  
aber von dieser nicht ein-  
geleiteten Beiträge be-  
reitgestellt, so ist das Postamt  
beauftragt.

# Dresdner Journal.

Herausgegeben von der Königl. Expedition des Dresdner Journals, Dresden, Zwingerstraße 20. — Fernspr.-Anschluß Nr. 1295.

Gezeichnet: Montag nachm. 5 Uhr.

Verbindungsgebühr:  
Die Zeit einer Seite der  
Tageszeitung oder deren Raum  
zu 1. Bei Tafeln- und  
Büromaterial 5 M. Aufschlag  
für die Seite. Wenn der  
Aufschlag nicht eingetragen ist  
oder wenn 10 M.  
Gebühren - Strafzettel bei  
starker Weiberholung.  
Ausgabe der Ausgabe bis  
mittags 12 Uhr für die nach  
mittags erscheinende Ausgabe.

M 36.

Donnerstag, den 13. Februar nachmittags.

1902.

## Nichtamtlicher Teil.

### Der Reichskanzler Graf Bülow und der bündestaatliche Charakter des Reichs.

Das deutsche Volk ohne Unterschied der Stämme erwartet von dem Reichstag eine fröhliche und wirkungsvolle Wahrnehmung der deutsch-nationalen Interessen nach innen und nach außen. Doch Graf Bülow hierzu bereit und im stande ist, hat er wiederholt bewiesen, zuletzt noch bei Behandlung der polnischen Sprachenfrage im Preußischen Abgeordnetenhaus. Aber ebenso ist es bemerkenswert und für das Brotland in dem Bestand und die Sicherheit des schwer errungenen Reichs freudig und dankbar zu begrüßen, dass Graf Bülow keine Sorgegeheit vorabgerufen lädt, ohne die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten mit Nachdruck zu betonen und vor jeder Anstaltung zu schützen. So erklärte er bei Befragung der polnischen Interpellation im Reichstage:

Es handelt sich um die innere Angelegenheit eines Bundesstaates. Das Beßlimm der preußischen Universität politischer Juris zu preußischen Staatsregierung ist eine reine preußische Angelegenheit. Wenn diese Angelegenheit im preußischen Landtage zur Sprache gebracht werden sollte, so werde ich dort ein zufriedener Sohn Rote und Kreuz seien. An einer Erörterung jener Frage habe in diesem gegen Haute vermag ich mich jedoch nicht zu beteiligen, und es mag es eintreten, da von dem Herrn Kanzler für die Spezies gebrochene Einzelheiten weiter zu diskutieren, und heraustragen, für hier nicht angemessen.

Als Reichskanzler habe ich einschließlich der Pflicht, alle verfassungsmäßigen Rechte des Reichs und seine Organe nach außen wie nach innen in ihrem vollen Umfang zu wahren. Ich habe oder ebenso sehr die Aufgabe, das Interesse von Institutionen des Reichs in die dazu die Erfahrung den Bündestag vermittelten Gesetzlichkeit zu verbinden. Ich würde genau denselben Standpunkt einnehmen, wenn es sich um eine reine preußische sowie eine bayerische, württembergische oder anhaltische Landtagsangelegenheit handele.

Wie das Reich das Recht hat, vor den Bundesländern die legale Erfüllung der den Bundesländern gegenüber dem Reich obliegenden Verpflichtungen zu fordern — es ist auch keinermales vergessen gefordert hat —, so haben umgekehrt die Bundesländer auf unbedingte Achtung der ihnen verfassungsmäßig zukommenden Befugnisse. Diese Befugnisse darf ich nicht beinträchtigen lassen, und es muss gegen jedes Verstoß, an dem bündestaatlichen Charakter des Reichs und an den Rechten der Bundeslästen zu richten, entschiedene Bewahrung eintreten.

In demselben Geiste sind Graf Bülows Ausführungen über das Verhältnis des Bundesrats zum Reichstag gehalten. Auf die erhobene Beschwerde, dass die verbündeten Regierungen sich bei der Beurteilung gewisser Initiativvorlagen nicht vertreten fühlen, erwiderte er am 22. Januar d. J.:

„Begehrter diesen Vorwürfen nach ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach einem Urteil zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich bei der Beurteilung solcher Initiativvorlagen hier im Reichstage vertreten lassen wollen. Das ist ein Grund, der Ihnen von mir früher gesagt, dem Schüler der Reichsverfassung, aufgetragen und immer befolgt worden ist. — Als Reichskanzler kann ich die Rechte der verbündeten Regierungen, auch in dieser Hinsicht, nicht beinträchtigen.“

Das Verlangen, dass der Bundesrat für Ablehnung von Initiativvorlagen des Reichstags Gründe angebe, bekämpfte er am selben Tage mit den Worten:

„Demgegenüber möchte ich doch darauf hinweisen, dass das die verbündeten Regierungen nicht immer möglich ist; denn ihre Vertreter im Bundesrat stimmen ab auf Grund der Interaktionen, die sie von ihren Regierungen erhalten, sie stimmen ab per majora, und sie sind nicht immer in die Lage geetzt, sich darüber zu äußern, weshalb sie ihre Stimmen

pro oder contra einen Entwurf abgeben. Gewöhnlich, m. h., die Verbündeten der verbündeten Regierungen im Bundesrat können nicht genötigt werden, aufzutreten, weshalb ihre Regierung gegen aber für einen Entwurf stimmt. Das liegt in Weise des Reichs, das ein Bündnis zwischen den Fürsten und Städten, die zusammen das Deutsche Reich gebildet haben. Das liegt auch in Weise des Bundesrats, der nicht eine parlamentarische Gesamtlösung ist, sondern eine Besonderheit, in der die Vertreter der einzelnen Staaten vertragen sind. Ich wenigstens, als Reichskanzler, habe gar nicht die Möglichkeit, diese Vertreter zu zwingen, mir die Gründe anzugeben, aus denen ihre Regierung diesen oder jenen Entwurf aus diesem hohen Grunde geneigt oder nicht geneigt ist.“

Endlich hat auch in Stellungnahme des Reichskanzlers Staatssekretär Graf v. Pojodenkof am 28. Januar d. J. bei der Interpellation über den Jesuitenorden den im Bundesrat verbliebenen, konservativen Charakter des Reichs dem Reichstage gegenüber nochmals ausdrücklich hervorgehoben und betont, dass der Bundesrat kein Parlament noch ein Oberhaupt ist, sondern eben eine Vertretung der im Reich verbündeten Souveränen und souveränen Staaten mit allen hieraus fließenden Rechten.

Man sieht, es ist System und Folgerichtigkeit in dieser Ausführung, die dem Weise des Bundesstaats voll Rechnung trägt. Sicher wird dies dazu beitragen, auch bei unserm ländlichen Volke die Treue zum Reich und die Reichsfreundlichkeit zu erhalten und zu stärken.

### Die Zolltarifreform und die Landwirtschaft.

In Berlin wird gegenwärtig die sogenannte „Große landwirtschaftliche Woche“ abgehalten, zu der zahlreiche Landwirte aus allen Teilen Deutschlands zusammenströmen. Von allen Interessentenverbänden und Fachvereinigungen, die um diese Zeit unterbrochen waren, sind die hervorragendsten der Bund der Landwirte als die zahlreichste und die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer als die einflussreichste Organisation. Beide haben ihre Generalversammlungen abgehalten, und in den Verhandlungen beider bildete die Stellungnahme zu den Zolltarifvorlagen den Mittelpunkt. Man hatte besonders in den parlamentarischen Kreisen diesen Verhandlungen mit begreiflicher Spannung entgegengesehen, da ohne Zweifel ein großer Teil der Reichstagsmehrheit erst den Berlus und das Ergebnis der „Landwirtschaftswoche“ abwarten wollte, ehe er sich dazu entschloß, eine endgültige Stellung zu dem Zolltarifentwurf einzunehmen. Für diese noch schwankenden Abgeordneten ist jetzt die Bahn zu diesem Entschluss frei, und es ist zu erwarten, dass sie nunmehr aus ihrer Zurückhaltung herausbrechen und an der Verabsiedlung einer Verständigung mitwirken werden.

Diese Verständigung wäre allerdings erleichtert worden, wenn die Befürworter sowohl des Bundes der Landwirte als auch der Steuer- und Wirtschaftsreformer minder schroff ausgefallen wären, als es der Fall ist, und wenn man in jenen Generalversammlungen auch in formaler Hinsicht den Schwierigkeiten, die die Zolltarifreform im Wege stehen, entsprechend Bedeutung getragen hätte. Wir erkennen einen gewissen Umschwung der Agrarbewegung insofern bereitwillig an, als der bis jetzt in deren Presse festgehaltene Grundton „Alles oder nichts“ ausdrücklich angegeben worden ist, und als manche aufstehen; jedoch müssen wir ebenso unumwunden unser Bedauern darüber aussprechen, dass die beiden Hauptversammlungen nicht entschlossen einen Schritt weiter gegangen sind und sich auf den Boden des

Einvertrags der verbündeten Regierungen gestellt haben. Mindestens hätte hier wie dort vermieden werden sollen, in den auf die Wirkung noch außen berechneten Resolutionen die Tarifvorlage als unannehmbar zu bezeichnen, nachdem der Reichskanzler erst vor wenigen Tagen die darin festgesetzten Befreiungen als die Grenze, bis zu der die Böle für landwirtschaftliche Erzeugnisse erhöht werden können, hingestellt hatte. Würden die agrarfreundlichen Parteien im Reichstage diese Resolutionen mit ihrem „unannehmbar“ würdig abweisen, so wäre in der That ein Schach der Tarifvorlage festgestellt, und einen solchen Ausgang würde niemand bitterer zu beklagen haben, als die Landwirte, in deren Namen sich die erwähnten Versammlungen verewhnen ließen.

Wir wollen jedoch hoffen, dass die in Rede stehenden Resolutionen die ihnen thafisch innenwährende irreführende Wirkung nicht ausüben werden, und dass man das „unannehmbar“ mehr als ein den immer noch extremen Neigungen huldigenden Flügel der Agrarbewegung angehörende Nebenpartei betrachten wird. Man möge nicht vergessen, dass namentlich der Bund der Landwirte ein ausschließlich agrarische Interessen vertretender Verband ist, der es seiner Aufgabe hält, möglichst hohe Forderungen zu stellen, und sich im Ablösen von diesen als sehr zahig und unangiebig erweist. Eine entscheidende Stimme in der Begegnung aber gebürt ihm keineswegs; er wird sich immer den naturnäher ausgleichenden Wahlen der parlamentarischen Parteien unterwerfen müssen und schließlich auch unterwerfen.

Auf diesen Umstand hat in der Bundesversammlung ein konservativer Parlamentsführer, Graf Limburg-Stein, eindringlich hingewiesen. Er sah ein einziges Scheitern der Tarifvorlage als ein Unglück bezeichnet und sehr dringend zu einer Verständigung zwischen den Rechtsparteien und den verbündeten Regierungen geraten. Zugleich hat er dem Reichskanzler ein normtes Vertrauensvotum erteilt. Dieser Vorgang, der in der Bundesversammlung mit Zustimmung begleitet wurde, kennzeichnet den Standpunkt der Landwirte zur Tarifvorlage jedenfalls besser als die Resolution mit ihrem „unannehmbar“, die Opposition, die auf Grund dieser Resolution bereits die Erörterung ansprach, dass die „Agrarier“ nunmehr bei der Beurteilung des Entwurfs auf ihre Seite treten würden, dürfte sich sehr bald und sehr entschieden enttäuscht sehen.

Über das Verhältnis der Parlamentarier zu der Agrarbewegung hat sich in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ein anderer konservativer Führer, Graf Werbach-Souquain, ausgedrückt und sehr dringend zu einer Verständigung zwischen den Rechtsparteien und den verbündeten Regierungen geraten. Zugleich hat er dem Reichskanzler ein normtes Vertrauensvotum erteilt. Dieser Vorgang, der in der Bundesversammlung mit Zustimmung begleitet wurde, kennzeichnet den Standpunkt der Landwirte zur Tarifvorlage jedenfalls besser als die Resolution mit ihrem „unannehmbar“, die Opposition, die auf Grund dieser Resolution bereits die Erörterung ansprach, dass die „Agrarier“ nunmehr bei der Beurteilung des Entwurfs auf ihre Seite treten würden, dürfte sich sehr bald und sehr entschieden enttäuscht sehen.

Über das Verhältnis der Parlamentarier zu der Agrarbewegung hat sich in der Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer ein anderer konservativer Führer, Graf Werbach-Souquain, ausgedrückt und sehr dringend zu einer Verständigung zwischen den Rechtsparteien und den verbündeten Regierungen geraten. Zugleich hat er dem Reichskanzler ein normtes Vertrauensvotum erteilt. Dieser Vorgang, der in der Bundesversammlung mit Zustimmung begleitet wurde, kennzeichnet den Standpunkt der Landwirte zur Tarifvorlage jedenfalls besser als die Resolution mit ihrem „unannehmbar“, die Opposition, die auf Grund dieser Resolution bereits die Erörterung ansprach, dass die „Agrarier“ nunmehr bei der Beurteilung des Entwurfs auf ihre Seite treten würden, dürfte sich sehr bald und sehr entschieden enttäuscht sehen.

Was hat der allgemein das Gefühl, dass die Thatsache des englischen Botschafts-Vorwurfs im Sinne einer Inter-

mischung vermieden werden; denn es wäre in der That ein Unglück für die Landwirtschaft — aber auch für die übrigen Produziergewerbe, wenn die Zolltarifvorlage an der Unmöglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, scheitern sollte.

### Zur Geschichte des spanisch-amerikanischen Krieges.

Die „Nord. Allg. Zeit.“ hat die Thatsache festgestellt, dass am 14. April 1898 die Vertreter sämtlicher europäischen Großmächte in Washington nach Beratung gleichzeitig und gleichzeitig an ihre Regierungen berichtet haben, von Seiten des englischen Botschafts Lord Balfour sei eine Kollektivnotiz an die Regierung der Vereinigten Staaten über die Unmöglichkeit der damaligen Intervention in Cuba vorgelegten worden. Diese Thatsache wurde den Behauptungen englischer und amerikanischer Blätter gegenübergestellt, wonach England den Vereinigten Staaten dadurch einen wertvollen Dienst geleistet haben sollte, dass es eine von anderen Mächten, z. B. auch von Deutschland angeblich drohende Einmischung verhinderte. Im Interesse der historischen Wahrheit müsste eine solche Verabschaffung der Rollen zurückgewiesen werden. Selbst dann muss es daher gegenüber einer historischen Thatsache beruhren, dass in der vorigestrichen Sitzung des englischen Unterhauses der liberale Abgeordnete Norman noch die Frage stellen konnte, ob Großbritannien in Wahrheit durch seine Botschaft jemals eine derartige Rolle vorgeschlagen habe, und ob dieser Schritt infolge der Weigerung Deutschlands, sich dem anzuschließen, ausgegeben worden sei. Die Fassung der Frage selbst möchte nun wohl dem Unterstaatssekretär Cranborne die den wirklichen Thatsaustand umgebende Antwort gegeben, die englische Regierung habe keine derartige Rolle vorgeschlagen. Handelt es sich doch klar und deutlich um den englischen Botschafts Lord Balfour, dessen Verhalten allen Botschaften der Mächte in Washington unzweckhaft sein müsste. Die Erklärungen des Unterstaatssekretärs Cranborne haben denn auch bereits in einem, gestern von uns unter Drahtnachrichten mitgeteilten Telegramm des „Neuen Deutschen Bureaus“ eine Erklärung erhalten, die im Hinblick auf den historischen Thatsaustand keines weiteren Falzes bedarf. Das bezeugliche aus Washington stammende Telegramm lautet:

Was hat der allgemein das Gefühl, dass die Thatsache des englischen Botschafts-Vorwurfs im Sinne einer Interaktion vor Aufdeckung des spanisch-amerikanischen Krieges im allgemeinen wahrgenommen werden ist. Es ist bekannt, dass der österreichisch-ungarische Botschafter Hengs-Müller in seinen Bemühungen zu Spanien unermüdet war. Die Vereinigten Staaten haben niemals auch nur den geringsten Kontakt in dieser Beziehung gehabt. Diese Beleidigung der Bunde des Botschafts zwischen den regierenden Häusern Österreichs und Spaniens hat dieses Verhältnis zur Genüge entstellt. Im Verlaufe dieser Bemühungen hatte sich Hengs-Müller, nachdem er am 7. April 1898 die Vertreter der Mächte und des Präsidenten McKinley begegnete, in den Kreisen des Kriegs zu verhindern, an Baum-Lotz als den Vorsitz des diplomatischen Corps gewandt und sich bemüht, ihn zu überreden, welche Maßnahmen eine noch im Sinne einer möglicheren Fortsetzung des Kriegs zu treffen seien. Balfour war der Überzeugung, dass kein solcher Vertrag einen ausdrücklichen, gab aber so weit nach, dass er Hengs-Müller's Vorschlag den anderen Vertretern der Mächte unterbreite. Das Ergebnis gab der Aufsicht Balfours den Ausländern des Schritts recht, und wahrscheinlich waren es die Nachfragen, die er in Bezug auf den Gegenstand stellte, aber nicht etwa ein von ihm selbst kommender Vorschlag, was die Befürchtung veranlasste, die die Botschaft

Unter den Botschaften Mackens ist der „Schiffersgraben“ mit den beiden blonden Kindern, die von der Brücke ins Wasser sehen, ein echtes Stück Werbeschaffen. Sie zeigt sehr und bestens häuslich als Porträtmaler vor. Das kleine Bildchen seiner Mutter, die in einem schwarzen Kleid im Zimmer sitzt und sich mit geschickten Blumen etwas zu schaffen macht, ist in seiner kleinen Aufstellung ungemein ansprechend. Dazu tritt die gewöhnliche Bedeutung durch ein links oben angebrachtes Fenster vielleicht das Meiste bei. Dagegen leidet das mit unendlicher Sorgfalt gemalte und namentlich in den Kopf auf das Genouche durchmodellierte Bild des Herrn Adolf Woermann und seiner Gemahlin, die dargestellt sind, wie sie von einer Gartenterrasse im Freien bei Tagessonne auf den Lauf eines Dampfers blicken, durch den Wangen eines ruhigen Hintergrundes. Das lichtblaue Meer, von der Sonne hell beschienen, eine klare neue Werbeschaffung. Männer kennen zu lernen. Während gegen Ende des November vorher Heinrich Wagner, Otto Woddersohn und Fritz Overbeck kollektiv ausgestellt hatten, haben sich dieses Fritz Mackens und Hans am Ende vereinigt, um den Dresden Ausstellungen zu zeigen, doch sie nicht still stehen geblieben, sondern am über weiten Durchbildung sehr lebhaft gewesen sind. Sie unterscheiden sich dadurch sehr zu ihren Kunden von ihren ebenfalls genannten Kollegen, und wie sie daher nicht an, sie von dem Urteil über den Rückgang der Werbeschaffung Kunst, das wir in Nr. 276 des „Journals“ vom 27. November v. J. folgen möchten, ausdrücklich anzunehmen.

Fritz Mackens ist der reine Botschafts-Vorwurf, der eben die Figuren des Figurendörs in Werbeschaffen bestreift und verdeckt, während der andere auf der Wiese steht und sich nach einem herabziehenden Vogel umschaut, verrennt viel zu sehr, das sie vom Walter und seine Tochter als Modell hingestellt worden sind. Romantisch gilt das von dem Jungen auf der Wiese. Man glaubt förmlich Mackens zu hören, wie er dem Jungen ratet: „Brust raus, Kopf hoch, Augen links!“ Dieses Kommando hat den Bremel so erschreckt, dass seine ganze Haltung unnatürlich geworden und das Bild eine bloße Statue, wenn auch wiederum eine sehr gewissenhafte, gelebte ist.

Unter den Botschaften Mackens ist der „Schiffersgraben“ mit den beiden blonden Kindern, die von der Brücke ins Wasser sehen, ein echtes Stück Werbeschaffen.

Ganz überwundener als bei Mackens zeigen sich die Fräulein anhaltenden Kleider bei Hans am Ende, der mehr und mehr zu einem unheimlich niedrigen

Stimmungsmaler herausgewachsen hat und innerhalb seines Spezialfeldes eine große Mannigfaltigkeit zeigt.

Er ist unter den Werbeschaffern derjenige, der am wenigsten werbeschaffende Figuren beherrscht und die dortige Sogend mit ganz anderen Augen als seine

die Hand zeichnen. In der eine Zweite geschieden, langwollen Instrumentation sind die Werbeschäfer wohl etwas zu ausdrücklich bedacht. Dr. Siegfried Wagner konnte es sich nicht verkörpern, die Ouvertüre ein ausführliches Programm beigegeben, aus dem man zugleich den österreichischen Hauptthema der Oper erlässt. Bedenklich erschienen zahlreiche Strophen („Die Sonne fand, wie jetzt sie sinkt — Von weitem und die Mauer wirkt“) eines Sarcys-Bruchkäss, das von Herrn Kammerlönger verfasst und immer fröhlich gesungen wurde. Die in „Waldmeister-Silmmung“ getauchte Operettelellnung dieser Schillerung von „Reinhard junior“ wollte sehr anhören. Als Solist des Abends war Dr. Prof. Cesare Thomson aus Italien berufen worden, der sich in dem D-moll-Violinkonzert von Bruchkäss, in einem Adagio von Bruch und in einer unerhörlich schwierigen Pianoforte von Wagner ausführte als ein wahrhaft berühmter Künstler, als ein Weise hinzutreten, der in musikalischer und technischer Hinsicht vollkommen über seiner Leistung steht. Den Befreiungssatz seiner Violinkonzertes von Bruchkäss, der eben die Figuren des Figurendörs in Werbeschaffen bestreift und verdeckt, während der andere auf der Wiese steht und sich nach einem herabziehenden Vogel umschaut, verrennt viel zu sehr, das sie vom Walter und seine Tochter als Modell hingestellt worden sind. Romantisch gilt das von dem Jungen auf der Wiese. Man glaubt förmlich Mackens zu hören, wie er dem Jungen ratet: „Brust raus, Kopf hoch, Augen links!“ Dieses Kommando hat den Bremel so erschreckt, dass seine ganze Haltung unnatürlich geworden und das Bild eine bloße Statue, wenn auch wiederum eine sehr gewissenhafte, gelebte ist.

Noch überwundener als bei Mackens zeigen sich die Fräulein anhaltenden Kleider bei Hans am Ende, der mehr und mehr zu einem unheimlich niedrigen

Stimmungsmaler herausgewachsen hat und innerhalb seines Spezialfeldes eine große Mannigfaltigkeit zeigt.

Er ist unter den Werbeschaffern derjenige, der am wenigsten werbeschaffende Figuren beherrscht und die dortige Sogend mit ganz anderen Augen als seine

Emil Richters Kunsthallen.

Schon zum zweiten Male in diesem Winter bietet

uns der Richters Kunsthallen auf der Prager Straße

genauigkeit, eine klare neue Werbeschaffung.

Die Werbeschaffung ist sehr gut angezogen.

U. S.

&lt;p